



**Niederschrift über die  
Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 07.12.2020**

Ort: im Bürgerzentrum Waiblingen, Ghibellinensaal, An der Talau 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Mitglieder des Verwaltungs-, Schul-  
und Kulturausschusses: Kreisräte/innen

Holzwarth, Mößner, Scheurer, Sczuka, (CDU)

Dr. Ulfert, Wersch

Friedrich, Häuser, Hesky, Jasper

Besa, Häffner, Härtner, Kowatsch (ab (Freie Wähler)  
14:35 Uhr) (GRÜNE)

Hestler, Kelemen, Klopfer

Lenk, Oettinger (SPD)

Throm, Lindenschmid (FDP-FW)

Dr. Borkowski (AfD)

(DIE LINKE/ÖDP)

Stv. Ausschussmitglieder: Bühler (Freie Wähler)

Entschuldigt: Scharmann (Freie Wähler)

Ferner: Finanzdezernent Schäfer

Sozialdezernentin Böhm

Designierter Leiter des Amtes für Schu- (TOP 5)

len, Bil-dung und Kultur, Herr Wahl

Herr Mayer, Leiter Rechnungsprü-

fungsamt und zentrales Controlling

Herr Wauro, Kreisbrandmeister

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 18:15 Uhr

Landrat Dr. Sigel erklärt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass der Punkt 6.1 „Realisierungsbeschluss für den Erweiterungsbau auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in Waiblingen sowie Sachstandsbericht zum Neubau Rötestraße und den Haushaltsanträgen zur Klimaneutralität der Verwaltungsgebäude des Landkreises“, abgesetzt wird.

Landrat Dr. Sigel berichtet über die aktuelle Corona-Situation im Kreis.

### § 1

#### Feststellung des Jahresabschlusses des Rems-Murr-Kreises 2019 einschließlich Schlussbericht Drucksache 2020/033

Landrat Dr. Sigel erklärt vor Eintritt in die Tagesordnung, dass der Punkt 6.1 „Realisierungsbeschluss für den Erweiterungsbau auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in Waiblingen sowie Sachstandsbericht zum Neubau Rötestraße und den Haushaltsanträgen zur Klimaneutralität der Verwaltungsgebäude des Landkreises“, abgesetzt wird.

Landrat Dr. Sigel berichtet über die aktuelle Corona-Situation im Kreis. Des weiteren informiert Herr Dr. Sigel über die geplante Einrichtung eines Kreisimpfzentrums in der Rundsporthalle in Waiblingen sowie über die hierzu übersandte Drucksache 2020/230.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2020/033 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Mayer, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes und zentralen Controllings, setzt die Präsentation zur Erläuterung des Schlussberichts ab Folie 11 fort.

Kreisrätin Besa bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Obwohl das Rechnungsprüfungsamt unterstütze und berate, gebe es nach ihrer Ansicht noch immer eine hohe Fehlerquote. Es stelle sich die Frage, was helfen würde, die Arbeit der Beschäftigten besser werden zu lassen. Außerdem

bitte Sie um Auskunft, warum der Jahresüberschuss als tendenziell unzureichend bezeichnet werde. Im Jahr 2019 gebe es zwei hohe Spenden. Hierzu wolle sie wissen, ob die Beträge investiert worden seien. Zudem interessiere sie, warum sich die Innenrevision bei der Kreisbaugesellschaft verzögere und warum eine Sonderprüfung für das Jahr 2022 angesetzt werde. Des Weiteren fragt Frau Besa, wann die Zusammenlegung des Rechnungsprüfungsamtes und des Kommunalamtes erfolge.

Herr Mayer antwortet, die Zusammenlegung werde ab 01.01.2021 vollzogen und werde seit 01.09.2020 kommissarisch wahrgenommen. Die Spende in Höhe von 300.000 Euro sei für Anschaffungen des Kreismedienzentrums vorgesehen. Die Innenrevision für die Kreisbaugesellschaft werde seit 2018 durchgeführt, wobei er davon ausgehe, dass sich das System nach anfänglich Reibungsverlusten etablieren werde. Bei der Sonderrevision gehe es um den Besserungsschein für die ehemaligen Klinik-Areale in Waiblingen und Backnang. Was die Reduzierung der Fehlerquote betreffe, könne bestätigt werden, dass die Verwaltung ordnungsgemäß arbeite. Die Fluktuation wirke sich jedoch aus und das Wissensmanagement könne weiter verbessert werden. Bezüglich der Jahresabschlüsse werde ein ausgeglichener Haushalt rechtlich nur als Untergrenze angesehen und das Eigenkapital müsste mindestens die Inflationsrate für den aktuellen Wiederbeschaffungswert erhalten.

Kreisrat Härtner bittet um nähere Erläuterung der Grundstücks- und Bodenrichtwerte auf Seite 11 des Berichts. In Bezug auf den manipulierten Beleg interessiere ihn der Betrag. Zudem wolle er wissen, ob es Beteiligung an der Hagelabwehr aus dem Landkreis Heilbronn gebe.

Kreisrat Mößner bedankt sich für den erfreulichen Jahresabschluss 2019 und erklärt, auch vom Prüfungsbericht werde zustimmend Kenntnis genommen. Der positive Abschluss ende auch nicht bei 15 Mio. Euro, sondern dies werde unter Top noch übertroffen. Diese könnte hingenommen werden, wenn die Mittel nicht bei den Kommunen fehlen würden. Nach der Finanzierungsleitlinie würden 8 Mio. Euro beim Kreis verbleiben, demgegenüber 4,7 Mio. an die Städte und Gemeinden im Jahr 2021 zurückfließen würden. Hier gelte es, zukünftig eine bessere Balance zu finden, ansonsten müsse man die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission erwägen. Im Jahr 2019 seien 19 Mio. Euro ins Basiskapital umgebucht worden. Von der Verwaltung sei ausgeführt worden, dass der Betrag nicht mit Liquidität hinterlegt sei. Mit dem heutigen Blick hierauf, könne

diese jedoch anders gesehen werden. Zudem bitte er um Erläuterung, was sich hinter den unkontrollierten Zahlungseingängen in Höhe von 192 Mio. Euro verberge.

Kreisrat Friedrich stellt fest, dass das Jahresergebnis erneut weitaus besser ausfalle, als dies zu Jahresbeginn prognostiziert worden sei. Dies sei zwar erfreulich, komme aber auch nochmal beim Thema Finanzierungsleitlinien zum Tragen, wo seine Fraktion auch einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt habe. Bezüglich der Vermögensschäden in Höhe von 1,9 Mio. Euro bzw. 1,5 Mio. Euro wolle er wissen, ob diese weitestgehend von der Versicherung erstattet würden.

Kreisrat Lenk führt aus, der Prüfungsbericht gebe insgesamt keinen Anlass zu Beanstandungen, auch wenn es im Einzelfall gravierende Verstöße gegeben habe. Der FDP-FW-Fraktion wäre hier wichtig, dass sich das Rechnungsprüfungsamt bereits im Vorfeld beratend einbringe.

Auch der jetzt vorgelegte Jahresabschluss sei sehr erfreulich, was sich voraussichtlich 2020 fortsetzen werde. Es gebe auch Städte und Gemeinden, deren Abschlüsse besser als erwartet gewesen sei. Auch hier sei wichtig, dass Kreis und Kommunen „in einem Boot sitzen würden“ und die Finanzierungsleitlinie sei ein guter Kompromiss, um die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen. Insgesamt solle man froh sein, dass der Schuldenstand reduziert werden konnte und, dass man gut gewappnet in die nächsten Jahre gehen könne. Schließlich sei klar, dass es in den Folgejahren nicht einfacher werde und irgendwann die Gegenrechnung für die Ausgaben der Corona-Pandemie komme.

Herr Mayer antwortet zu den vorstehenden Fragen, der gestiegene Bodenrichtwert von 2016 sei gegenüber dem Vertragsschluss im Jahr 2019 nicht angepasst worden. Der beanstandete Wert des Belegs habe zwar nur bei 10 Euro gelegen, hier habe es sich aber um eine vorsätzliche Manipulation gehandelt und das Vertrauensverhältnis sei nicht mehr gegeben. Die Vermögensschäden würden aufgearbeitet und bei der Versicherung angemeldet. Generell versuche man präventiv und beratend tätig zu werden.

Landrat Dr. Sigel teilt zur Hagelabwehr mit, dass man sich mit den anderen Kreisen im Austausch befinde und sich zwischenzeitlich sogar der Landkreis Ludwigsburg beteilige.

Finanzdezernent Schäfer antwortet ergänzend, die Umbuchung ins Basiskapital für das Projekt Röttestraße in Höhe von 15,8 Mio. sei nicht mehr an Liquidität vorhanden gewesen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig en bloc den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2019 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Anlage 1 ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.

1. Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 15.381.252,26 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
2. Gemäß der Finanzierungsleitlinie sind 3.297.000 Euro für Schuldenvermeidung und 4.716.100 Euro als Eigenfinanzierungsmittel für Investitionen gebunden und werden gemäß § 23 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung von der ErgebnISRücklage umgebucht.
3. Das Sonderergebnis in Höhe von 415.313,29 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt.
4. Die im Rechenschaftsbericht 2019 in der Anlage 19 (S. 138 ff) und Anlage 20 (S. 141) dargestellten abgerechneten Baumaßnahmen bei den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, beruflichen Schulzentren und Straßenbaumaßnahmen werden anerkannt.
5. Vom Schlussbericht 2019 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und Zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

1 Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt

**§ 2**Veränderungen zum Finanzzwischenbericht 2020 sowie überplanmäßige Aufwendungen und AuszahlungenDrucksache 2020/205

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erklärt, die Verbesserungen seien auf Veränderungen struktureller Art zurückzuführen, insbesondere bei den nicht zu erwartenden Erstattungen seitens des Bundes für die Kosten der Unterkunft mit rd. 11 Mio. Euro. Auch die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt habe zu weit überdurchschnittlichen Einnahmen bei der Grunderwerbssteuer geführt.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2020/205 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel erklärt, man wolle solide bis 2022 planen. Bezüglich der Rückstellungen für die Aufrechterhaltung des ÖPNV sei bereits, wie im UVA erörtert, ein Rettungsschirm auf den Weg gebracht worden. Hier werde es auch nochmals einen Appell des VVS an die Bundes- und Landespolitik geben. Zudem sei wichtig, dass das Land die in diesem Jahr nicht benötigten Mittel übertrage.

Finanzdezernent Schäfer antwortet auf Frage von Kreisrat Hesky, die Rückstellungen für Fahrgeldausfälle seien zunächst für diesen Zweck gebunden, falls diese nicht bzw. nicht in dieser Höhe gebraucht würden, seien diese aufzulösen und könnten überplanmäßig mit Genehmigung des Gremiums für andere ÖPNV-Zwecke verwenden.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig en bloc:

1. Vom aktuellen Finanzzwischenbericht für das Jahr 2020 wird Kenntnis genommen.

**Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:**

2. Den unter Abschnitt 4 aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

**§ 3**Neukonzeption Schullandheim MönchhofDrucksache 2020/215

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zugrundeliegende Drucksache und betont, dass das Schullandheim Potential habe und dass das Konzept zukunftsgerichtet und langfristig tragbar sein solle. Ein erfolgreicher Förderantrag sei bereits gestellt, bei dem Landesförderprogramm „Freiräume“. Da man die Kosten für laufende Investitionen tragen müsse, könne man das Schullandheim auch attraktiver gestalten. Er führt weiter aus, dass es die Stiftung der Kreissparkasse für Gesundheit und Bildung gebe, die sicher für solche Projekte zu gewinnen sei. Die Zusage des Landes mit rund 70.000 Euro zeige bereits, dass die Überlegungen nicht verkehrt seien.

Kreisrätin Kowatsch teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich hinter der Idee der Waldakademie und der kurzfristigen Planung stehe, jedoch noch Fragen hinsichtlich mittel- und langfristiger Planung habe. Sie erläutert, dass Natur ihre Räume und Ruhe brauche und sieht es fraglich einen großen Eventcharakter inmitten des Schwäbischen Waldes zu errichten. Folglich möchte sie wissen, wie die Schaffung von Tiny-Häuser und Wohnmobilstellplätze durchgeführt werden solle. Sie erinnert an die Konkurrenzsituation, welche entstehen könne, zum bestehenden gastronomischen Bereich, den Unterkünten und zum Ein-und-Alles. Sie weist darauf hin, dass Unterkünfte und die Gastronomie bisher nicht besonders gut laufen. Die Fraktion sehe eine große Chance, befürworte jedoch einen neuen Beschlussvorschlag. Außerdem möchte Sie wissen, ob die Kochstelle mittlerweile neu besetzt sei und wie die derzeitige Auslastung von Schulklassen sei. Sie ist der Meinung, dass man den Ort attraktiver für Gruppen machen solle und nicht zu zerpfückt vorgehen solle.

Landrat Dr. Sigel informiert, dass es sich grundsätzlich um eine Idee handele, welche man weiterentwickeln wolle. Die Konzeption solle aufzeigen, was alles möglich sei. Tiny-Häuser seien in der Konzeption, da sie bei der Remstal-Gartenschau als sehr attraktiv und innovativ angesehen wurden. Der Fokus liege auf dem Angebot für Jugendgruppen und nicht auf den Tiny-Häusern oder den Wohnmobilstellplätzen. Er erklärt, dass aufgrund von Corona das Schullandheim wenig ausgelastet gewesen sei und dies auch zeitweise vor Corona. Anzumerken sei außerdem, dass es Sinn mache,



die pädagogischen Angebote weiter auszubauen. Er erläutert, dass die Verwaltung Angebote schaffen wolle, welche insgesamt zur Stärkung der Infrastruktur führe. Er ergänzt, dass die Kochstelle wiederbesetzt sei oder momentan besetzt werde.

Kreisrätin Kowatsch erinnert, dass die Beantragung von Fördergeldern bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen müsse. Sie folgert daraus, dass man nicht erst 2023 über die Tiny-Häuser entscheiden werde.

Landrat Dr. Sigel betont, dass die Tiny-Häuser ein Baustein seien, welcher kommen könne, für den jedoch kein eigener Förderantrag gestellt werde. Dieser Baustein sei noch nicht konzeptionell ausgearbeitet, sondern nur ein Gedanke, welchen man weiter ausführen könne. Zusätzlich müsse erst mit dem Naturschutz und der Baugenehmigung gesprochen werden. Er verweist darauf, dass man die Rückmeldung bekommen habe, dass Übernachtungsmöglichkeiten von Individualreisenden gesucht werden.

Kreisrat Throm informiert, dass die AfD-Fraktion dem Projekt aufgeschlossen gegenüberstehe. Er verweist auf den möglichen Finanzplan in Anlage 1, in welchem Honorarkosten in Höhe von 50.000 Euro und Eintrittsgelder in Höhe von 5.000 Euro festgeschrieben seien. Er findet, dass es gut zu wissen sei, ob es sich um eine übliche Kalkulation handele, da die Eintrittsgelder nur 10% der Honorarkosten decken.

Kreisrat Mößner findet, dass die Weiterentwicklung zur Waldakademie gut sei, wenn der Schwerpunkt auf Natur und Kultur liege. Er führt weiter aus, dass Natur- und Waldpädagogik in der heutigen Zeit wichtig seien, um auch Kindern und Jugendlichen den Wert des Waldes näherzubringen. Die CDU-Fraktion tue sich jedoch aus finanzieller Sicht schwer, da vor kurzer Zeit die Überlegung im Gremium bestand, den Mönchhof zu schließen. Zudem informiert er darüber, dass das Schulandheim eine Schenkung der Kreissparkasse gewesen sei. Es sei richtig zu wissen, ob aufgrund von Rückmeldungen Handlungsbedarf bestehe und wie die Auslastung vor Corona und nach der Flüchtlingsunterbringung gewesen sei. Er teilt mit, dass nach der Flüchtlingsunterbringung bereits die Heizung, die Wiederherstellung der Sanitäreinrichtungen und die Kohlenstoffdioxidbilanzverbesserung angegangen wurde. Er bittet um eine weitere Abstimmung des Themas zu einem späteren Zeitpunkt. Außerdem stimme er Frau Kowatsch bezüglich des Vespertgartens und der Konkurrenzsi-

tuation zu. Zudem möchte er wissen, wie sich der Umbau auf die Gebühren und Preise auswirke. Er führt weiter aus, dass sich die 1,2 Millionen Euro auch auf der Aufwands- oder Ertragsseite wieder spiegeln, die Gebühren werden tendenziell eher höher. Die Fraktion habe bezüglich des Themas Jugendschutz Bedenken, sie sehe es kritisch, dass externe Tagesgäste ebenfalls in derselben Einrichtung übernachten.

Kreisrätin Besa stimmt Kreisrätin Kowatsch und Kreisrat Mößner zu. Sie teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Unterpunkte 4 und 5 seien. Sie bittet darum den Beschlussvorschlag zu modifizieren, sodass man nicht allen 5 Unterpunkten zustimmen müsse.

Kreisrat Lenk betont, dass er von der Idee begeistert sei, den Mönchhof in eine Waldakademie umzubauen. Er verweist darauf, dass es dazu beitragen würde den ländlichen Raum zu stärken und wenn es gemacht werde, dann im Einvernehmen mit allen betroffenen Akteuren. Er bittet die Verwaltung darum, eine Konzeption auszuarbeiten, danach werde man sehen, welche Bestandteile der Konzeption umgesetzt werden und ob man es sich leisten könne. Die Zustimmung der FDP-FW-Fraktion sichere er zu.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass man bezüglich des Finanzplans davon ausgehe, Fördermittel in Höhe von 78.000 Euro zu bekommen, welche in die Kalkulation miteinfließen. Es solle eine auch eine Kulturförderung stattfinden. Er erinnert, dass die Ausstattung und die Themen nicht mehr Stand der heutigen Zeit seien. Man könne sich überlegen, das Forstmobil, den Naturpark und die Naturparkführungen weiterzuentwickeln, um pädagogische Angebote zu schaffen und die Räume für die Musikfreizeiten attraktiver zu gestalten. Er informiert über die Ausgangssituation des Mönchhofs, es habe sechsstellige Defizite gegeben, welche dazu führten, dass man im Kreistag überlegte den Mönchhof zu schließen. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 habe es rund 12.000 Übernachtungen gegeben, dies konnte man auf über 13.000 steigern, es gebe vor allem zu bestimmten Jahreszeiten wenig Übernachtungen. Er betont, dass es Ziel sei den Mönchhof zu mehr Jahreszeiten attraktiv zu machen und die Kernthemen Klima, Biodiversität und Naturpädagogik mehr einzubeziehen. Das Freiräume-Programm, der Naturpark und Leader biete eine Möglichkeit das Projekt maßgeblich mitzufinanzieren und informiert darüber, dass es zusätzlich die Stiftung der Kreissparkasse gebe. Von Seiten der Finanzierung verspüre er kein Bedenken. Er ist davon überzeugt, dass man es im heutigen Zustand lassen könne, es jedoch für die jungen Menschen unattraktiv bleibe. Ziel sei

es sich etwas Zukunftsfähiges und Attraktives zu überlegen. Es gehe nicht darum, „on top“ noch Tiny-Häuser oder Wohnmobilstellplätze zu errichten, sondern um die Darstellung als Gesamtperspektive. Er verweist, dass es ihnen von Seiten der Verwaltung um einen klaren Auftrag gehe, für die Grundweichenstellung. Er betont, dass ein konkreter Baustein das Freiräume-Programm sei, der Rest sei noch Zukunftsmusik, man müsse jedoch erst eine Perspektive entwickeln. Er erwidert, dass er mit „die Verwaltung wird beauftragt die Konzeption entsprechend umzusetzen“ verstanden habe, dass man das Konzept weiter ausarbeite und nicht den Auftrag mitnehme Wohnmobilstellplätze zu schaffen. Er teilt mit, dass Herr Wahl neuer Leiter des Schulamtes sei und dass er das Projekt bei ihm in guten Händen sehe. Der Schwerpunkt solle weiterhin auf der Jugendarbeit liegen.

Kreisrat Friedrich betont, dass die Fraktion der Freien Wähler ein sehr gutes Gefühl mit dem Konzept habe. Er erklärt, dass Angebote im Bereich der Pädagogik, Bildung und Betreuung immer wichtiger seien und in Zeiten der Digitalisierung einen guten gegenthematischen Schwerpunkt darstellen könne. Er teilt mit, dass der Mönchhof denkmalgeschützt sei und sich im Eigentum des Landkreises befinde. Man müsse sich Gedanken machen, wie man den Mönchhof weiterentwickle, auch anhand der drei Bausteine Naturerlebnis, Kulturerlebnis und Geschmackserlebnis. Hinsichtlich Geschmackserlebnis finde die Fraktion gut, dass man die örtlichen Direkt-vermarkter aus dem Schwäbischen Wald miteinbeziehen wolle und man sei überzeugt, dass sich die Konzeption mit jüngsten Beschlüssen, Biomusterregion und Grüner Wasserstoff, decke. Er erläutert, dass die kurzfristigen Maßnahmen bereits vom jährlichen Budget gedeckt seien und dass es Fördermöglichkeiten über die Kreissparkassenstiftung oder über den Naturpark und die Leader-Kulisse gebe. Er findet, dass am Mönchhof Handlungsbedarf bestehe, könne jeder erkennen. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass bereits vor 20 Jahren Handlungsbedarf bestand. Er fasst zusammen, dass die Themen Sinn machen, sie seien in die Moderne ausgerichtet und pädagogisch stimmig.

Kreisrat Kelemen bedauert die Diskussion und fasst zusammen, dass man aus sozialen und ökologischen Gesichtspunkten nicht gegen die Sache sein könne. Er ist überzeugt davon, dass man bei einem Schullandheim nach 30 Jahren in die Bauten und pädagogischen Angebote investieren müsse. Er ist der Ansicht, dass man keine höheren Gebühren erheben solle. Die Unterstützung der SPD-Fraktion sichere er zu und verweist darauf, dass weiterhin an dem Konzept überlegt werden solle.

Landrat Dr. Sigel bedauert die Diskussion nicht und zeigt Verständnis, für die Gegenstimmen bezüglich des Projekts. Er betont, dass heute nicht der Startschuss für die Wohnmobilstellplätze gegeben werde. Er erklärt, dass es eigentlich um ein Mandat gehe, dass Projekte Freiräume konkret durchzuführen und in Richtung Waldakademie zu arbeiten. Man möchte keine Konkurrenzsituation stiften, sondern die Zusammenarbeit mit den Kreisräten, dem Eins und Alles, dem Schwabenpark, dem Naturpark und dem Kreisforstamt. Er möchte eine Einrichtung welche, ins Profil Destination Schwäbischer Wald und Rems-Murr-Kreis passe. Er räumt ein, dass man etwas zu konkret geworden sei, was die Waldakademie betreffe, verweist jedoch darauf, dass dies aufgrund der Freiräume-Bewerbung geschehen müsse.

Kreisrätin Kowatsch sichert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Vorschlag zu, wenn der zweite Satz weggelassen werde. Sie fasst zusammen, dass die Fraktion dahinterstehe etwas am Mönchhof zu tun, jedoch nur bei den Schwerpunkten Bildung, Kultur und Naturpädagogik. Es gehe ihnen um den Schwerpunkt Tourismus, welchem sie noch nicht zustimmen können.

Kreisrat Mößner betont, dass die CDU-Fraktion einer Weiterentwicklung nicht entgegenstehe, sondern diese eher befürworten. Er erläutert, dass man durchaus Investitionen in Millionenhöhe hinterfragen könne. Er bittet, darum die Konzeption weiter zu entwickeln, um zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu beraten.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass er kein Problem damit habe, die Konzeption weiterzuentwickeln und den zweiten Satz zu streichen. Man habe sich jedoch für das Projekt Freiräume erfolgreich beworben und 78.000 Euro Fördermittel in Aussicht, um etwas für die Kunst und die Kultur zu tun. Deshalb würde er gerne den Startschuss für den Innenhof mit umfasst wissen, da man ansonsten die Fördermittel im Februar zurückgeben müsse. Für die finanziellen Fragen habe man einen Finanzierungsplan angehängt, diesen müsse man jedoch noch gemeinsam besprechen. Er formuliert als Beschlussfassung, dass der Weiterentwicklung zu einer Waldakademie zugestimmt werde und der komplette Umsetzungsbeschluss gestrichen werde. Das Projekt Freiräume solle mit Nachdruck verfolgt werden, da man seiner Ansicht nach nichts vorwegnehme.

Kreisrat Mößner findet, dass es gut zu wissen sei, was der Kreis dazu geben müsse, bei einem Zuschuss von 78.000 Euro des Landes.

Landrat Dr. Sigel informiert darüber, dass es bei Projekten immer eine Co-Finanzierung gebe und dass die Kosten bei 21.000 Euro für den Kreis liegen. Es ermögliche jedoch, dass man im nächsten Jahr mit Kultur schaffe, um kleine Konzerte zu veranstalten oder mit Künstlern etwas zu machen. Er meint, dass es sich um eine Dreiviertel-Einviertel-Finanzierung handele.

Kreisrat Mößner erwidert, dass die CDU-Fraktion mit dieser Investition beim Freiräume-Programm und der Überdachung des Atriums einverstanden sei, jedoch über die weiteren Investitionen nochmal beraten wolle, ob man sie tue oder nicht.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass er damit zufrieden sei, da man den politischen Auftrag erfülle. Es gehe ihm darum, dass Schullandheim gemeinsam voranzubringen und zukunftsfähig aufzustellen.

Kreisrat Hesky möchte wissen, was der Antrag der Verwaltung sei und was der ausgehandelte Antrag sei, darüber wollen sie unterschiedlich abstimmen lassen.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass man den Satz „die Verwaltung wird beauftragt die Konzeption entsprechend umzusetzen“ falsch verstehen könne, dass man alles eins-zu-eins umsetzen wolle, bis hin zum Wohnmobilstellplatz. Dies sei jedoch nicht die Intention gewesen, sondern einen politischen Auftrag mitzunehmen, dass Schullandheim und die Waldakademie weiterzuentwickeln, dass Projekt Freiräume zu nutzen und die weiteren Schritte zu konkretisieren. Er erklärt, dass es somit beim Vorschlag der Verwaltung bleibe, jedoch ohne den letzten Satz.

Kreisrat Hesky verweist auf die Vorlage und möchte wissen, ob die Positionen, welche unter kurzfristigen Umsetzungen für 2021 aufgeführt seien, erhalten bleiben.

Landrat Dr. Sigel erwidert, dass es sich bei den kurzfristigen Umsetzungen für 2021 um Schönheitsdinge handele, welche im Rahmen der Instandhaltung sowieso angegangen werden müssten. Zu den großen Investitionen, komme man noch, ergänzt Landrat Dr. Sigel.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Weiterentwicklung des Schullandheims Mönchhof zu einer „Waldakademie“ wird zugestimmt.  
~~Die Verwaltung wird beauftragt die Konzeption entsprechend umzusetzen.~~

Auszüge:

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

**§ 4**JobradleasingDrucksache 2020/211

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrat Hestler bittet um Auskunft, ob das Jobradleasing auf für die Beschäftigten der Kreisunternehmen gelte, was sinnvoll wäre.

Landrat Dr. Sigel antwortet, man versuche die Ideen zum Thema Nachhaltige Mobilität auch an die Beteiligungsunternehmen weiter zu vermitteln. Im ersten Schritt solle dies nun für die Kreisverwaltung erfolgen, die Tochterunternehmen könnten dies dann auch einführen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt vom Sachverhalt Kenntnis. ,
2. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einen Zuschuss zum Dienstradleasing in Höhe von 50 % der monatlichen Leasingrate, maximal 50 Euro/Monat.

Auszüge:

1 Haupt- und Personalamt

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 5**Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021Drucksache 2020/031

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

**§ 5.1**Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021 - Ergänzungen JHA/UVA und weitere ÄnderungenDrucksache 2020/031/1

Finanzdezernent Schäfer erläutert die die aktuellen Entwicklungen zum Haushalt 2021 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist (Folie 1 – 4).

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einvernehmlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Ausschuss nimmt die Planveränderungen zur Kenntnis.
2. Beschlussempfehlungen zu den einzelnen Anträgen des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses sind bei den jeweiligen Anträgen aufgeführt.

**Beschlussvorschlag und Beschlussempfehlung an den Kreistag:**

3. Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 3.840.000 Euro und am Standort Winnenden mit 8.727.000 Euro im Jahre 2021 wird zugestimmt.

Der designierte Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur stellt die Eckpunkte für den Schulhaushalt für das Jahr 2021 sowie die Entwicklungen der Kreisschulen vor (Folie 5 – 11).



Landrat Dr. Sigel weist darauf das für die Schul AV-dual wieder eine Bewerbung beim Europäischen Sozialfonds ESF erfolgt sei, wo man in der Vergangenheit rund 370.000 Euro gefördert worden sei. Dies zeige, dass der Kreis hier, direkt von der EU unterstützt werde. Mit der neuen Amtsleitung, auch in Zusammenarbeit mit dem Kreismedienzentrum, sei eine innovative Entwicklung für das Amt zu erwarten.

## § 5.2

### Einrichtung von Kreisimpfzentren zur Bewältigung der Corona-Pandemie

#### Drucksache 2020/230

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/230 und erläutert diese. Er führt aus, dass das auf Basis eines Rahmenvertrags der Aufbau und Betrieb sowie die Logistik für ein Impfzentrum in der Rundsporthalle in Waiblingen bis zum 15.01.2021 vorbereitet werden müsse. Es gebe zwar eine Zusicherung des Bundes- und des Landes für eine Kostenerstattung. Da diese aber noch nicht abschließend geregelt sei, müsse man hier zunächst in Vorleistung gehen, weshalb er hierfür um ein politisches Mandat bitte.

Kreisrat Mößner erklärt, wichtig sei, dass die Voraussetzungen geschaffen würden, er spreche sich aber dafür aus sich dafür einzusetzen, dass auch im nordöstlichen Kreisgebiet ein Impfzentrum entstehen könne.

Kreisrätin Dr. Ulfert schließt sich der Forderung an, zumal nicht alle Einwohner über 80 Jahre in Pflegeheimen leben würden. Sie bedauere, dass erst jetzt über die Rahmenbedingungen diskutiert werde, obwohl die Erfordernisse seit Monaten bekannt gewesen seien. Schwierig werde auch die Frage, wie die Impfzentren personell ausgestattet würden, da das vorhandene medizinische Personal gebunden sei. Deshalb halte sie es für wichtig, auch bald in die Fläche zu gehen und z.B. die niedergelassenen Ärzte einzubeziehen.

Kreisrat Scheurer kritisiert, dass sich auch hier wieder das kurzfristige Krisenmanagement des Sozialministeriums zeige, welches dann von den Landkreisen und Kommunen umgesetzt werden müsse.

Landrat Dr. Sigel bestätigt die schwierige Zusammenarbeit beispielsweise mit dem Sozialministerium und dem Kultusministerium. Es sei jetzt aber wichtig, dass der Landkreis seinen Auftrag gut erfülle. Auch er sei dafür, die Impfungen möglichst dezentral durchzuführen, es sei aber offen, welche Impfstoffe man bekommen werde und wie die Lager- und Transportanforderungen seien. Grundsätzlich sei die Landkreisverwaltung aber bereit, weitere Zentren einzurichten. In der zweiten Jahreshälfte seien auch Impfungen in den Arztpraxen vorgesehen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Management- und Liegenschaftsvertrag zur Einrichtung und zum Betrieb eines oder mehrerer Kreisimpfzentren im Rems-Murr-Kreis mit dem Land Baden-Württemberg abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Corona-Impfstrategie auf Kreisebene zu treffen.

**§ 5.3**Zuschussanträge**§ 5.3.1**Erhöhung des bisherigen Zuschusses an die VHSDrucksache 2020/1-09

Landrat Dr. Sigel antwortet auf Frage von Kreisrat Mößner zum nachstehenden Zuschussantrag, die Bezuschussung erfolge über das Kreiskuratorium für Erwachsenenbildung und werde von dort an die Bildungseinrichtungen verteilt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig zum Zuschussantrag 2020/1-09 der **Volkshochschule Unteres Remstal e.V. (im Namen des Kreiskuratoriums für Weiterbildung)**:

Der Zuschuss an die Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Kreiskuratorium für die Weiterbildung) wird ab dem Jahr 2021 auf 225.000 Euro festgesetzt.  
Die jährliche Erhöhung des Zuschusses in Anlehnung an die durchschnittlichen Tarifierhöhungen im TVöD ab 2022 wird abgelehnt.

Landrat Dr. Sigel sagt auf Bitte von Kreisrätin Häfner zu, dass die Verwaltung künftig auf geschlechterneutrale Formulierungen in ihrem Schriftgut achten werde.

**§ 5.3.2**Erhöhung des Zuschusses an den BlasmusikverbandDrucksache 2020/1-10

Der Ausschuss beschließt einstimmig zum Zuschussantrag 2020/1-10 der **Blasmusikverband Rems-Murr e.V.:**

Der Zuschuss für den Blasmusikverband Rems-Murr e.V. wird ab 2021 auf 10.000 Euro jährlich festgesetzt.

**§ 5.4**frau + beruf Ludwigsburg: Finanzielle Unterstützung zur Erhaltung der KontaktstelleDrucksache 2020/225

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/225 und erläutert diese. Die zugehörige Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Kreisrätin Besa merkt an, dass ihr diese Beratungsstelle als niederschwelliges Angebot nicht bekannt sei. Sie bitte um Auskunft, wie diese beworben werde, zumal die Homepage sehr minimalistisch sei. Es wäre daher zu begrüßen, wenn die Mitarbeitenden auch im Kreis präsent sein könnten.

Kreisrat Sczuka vermisst entsprechende Beratungszahlen angesichts des nicht unerheblichen Beitrags. Nachdem auch der Landkreis Böblingen angefragt worden sei, bitte er außerdem um das Gesamtfinanzierungskonzept. Ferner stelle sich die Frage, wie die Fortsetzung nach 2025 erfolge z.B. in Form einer anderen Tragfähigkeit.

Kreisrat Throm schließt sich den geäußerten Bedenken an. Die Datenlage sei sehr gering in Hinblick auf den langen Zeitraum. Allenfalls komme eine Beschränkung auf ein Jahr in Frage.

Kreisrat Hesky teilt die Kritik der Vorredner. Das Thema sei zwar ein zentrales Anliegen aller Kommunen, es stelle jedoch den Einstieg in eine neue Querfinanzierung von Beratungsstellen dar. Es müsse zudem beachtet werden, dass auch eine Inanspruchnahme aus anderen Regionen erfolgen könne. Da dies eine Einrichtung in Ludwigsburg sei, halte er nichts von einer gegenseitigen Aufrechnung. Zu hinterfragen sei auch die Verortung hinsichtlich der Bedeutung für die gesamte Region Stuttgart.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, ihr sei die Stelle auch nicht bekannt. Sie habe auch Zweifel, ob eine Unterstützung von Bürgerinnen aus dem Kreis in Ludwigsburg angefragt werde. Außerdem bitte sich ebenfalls um weiteres Zahlenmaterial.

Landrat Dr. Sigel hält als Zwischenfazit fest, auch er sehe Optimierungsbedarf im Bereich der Werbung und es solle mehr Kurzberatungen vor Ort geben. Hier gebe es auch einen Kooperationsbeitrag, wo man sich einbringen könne. Bisher handle es sich um ein Angebot, das von der Stadt Ludwigsburg eingerichtet und bezahlt werde. Dieses gehe zurück auf ein Förderprogramm des Landes welches dort angesiedelt worden sei. Dieses sei jedoch auch für die Nachbarlandkreise vorgesehen gewesen, mit einem Anteil von derzeit 10 % aus dem Rems-Murr-Kreis. Der Landkreis Ludwigsburg habe signalisiert, sich auch zu beteiligen. Er habe Verständnis, wenn ein kürzerer Förderzeitraum und eine Evaluation gefordert werden.

Kreisrätin Kowatsch spricht sich für eine Teilnahme zunächst für ein Jahr aus. Die Stelle werde auch Wirtschaftsministerium gefördert, für den Fortbestand sei jedoch eine Beteiligung erforderlich.

Kreisrat Hesky hält es für wichtig, eine nochmalige, vertiefte Beratung im Ausschuss zu beschließen und die Bereitstellung der Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen. Es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, da man bei der Bezuschussung anderer Projekte, wesentlich rigoroser sei.

Kreisrat Mößner regt eine Vertagung bis weitere Informationen vorliegen an und eine Veranschlagung für den Haushalt 2022.

Kreisrat Härtner weist darauf hin, dass es eine S-Bahn-Verbindung von Backnang nach Ludwigsburg gebe. Falls die Bezuschussung geschoben werde bestehe die Gefahr, dass das Angebot ge-

fährdet sei. Er halte die Zusammenarbeit für wichtig und sei dafür, den Beschluss für ein Jahr zu fassen.

Kreisrat Hestler äußert ebenfalls große Bedenken vor dem Hintergrund der geringen Datenlage und des hohen Betrags von 125.000 Euro für fünf Jahre.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den von Kreisrat Hesky modifizierten Beschlussvorschlag zum Zuschussantrag (Drucksache 2020/225) der „**frau + beruf Ludwigsburg: Finanzielle Unterstützung zur Erhaltung der Kontaktstelle**“:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, nähere Informationen zur Beratungsstelle „frau + beruf Ludwigsburg“ vorzulegen. Aufgrund dieser wird entschieden, ob eine Bezuschussung erfolgt. Die Mittel werden vorsorglich eingestellt, aber mit einem Sperrvermerk versehen.

## § 5.5

### Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen

Landrat Dr. Sigel ruft die Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen zur Beratung und Beschlussfassung auf.

**§ 5.5.1**

Projekt: Ausbildungsschulen kreisweit „zusammenbringen“

Wir stellen einen Antrag zur Qualitätsverbesserung von schulischen Ausbildungsstätten des Erzieherberufes (m/w/d) im Rems-Murr-Kreis am Beispiel der Anna-Haag-Schule in Backnang.

Drucksache 2020/3-20

Landrat Dr. Sigel ruft die Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen zur Beratung und Beschlussfassung auf.

Der Antrag 2020/3-20 der **Fraktion der Freien Wähler**, „Projekt: Ausbildungsschulen kreisweit zusammenbringen,“:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Projekt zu berichten

wird einvernehmlich zugestimmt. Die Verwaltung wird zu diesem Projekt berichten.

**§ 5.5.2**

Umsetzung Medienentwicklungsplan an Grundschulen

Personelle Aufstockung Kreismedienzentrum

Drucksache 2020/1-13

Kreisrätin Wilhelm erklärt, mit der Stellungnahme der Verwaltung sei der Antrag erledigt.

Kreisrat Härtner merkt an, wichtig sei, dass für die Beruflichen Schulen IT-Administratoren eingestellt werden.

Landrat Dr. Sigel antwortet, für die Schulen gebe es bereits eine IT-Koordinatorin und drei System-Administratoren.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 2020/1-13 der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer, „Umsetzung Medienentwicklungsplan an Grundschulen Personelle Aufstockung Kreismedienzentrum“ zur Kenntnis:

Von der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 2020/1-13 wird Kenntnis genommen.



**§ 5.5.3**

Schullandheim und "Waldakademie" Mönchhof

Drucksache 2020/3-18

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 2020/3-18 der CDU-Fraktion zur Kenntnis:

„Schullandheim und Waldakademie Mönchhof“

**§ 5.5.4**Jubiläum Rems-Murr-Kreis 2023Drucksache 2020/3-14

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag 2020/3-14 der CDU-Fraktion, „Jubiläum Rems-Murr-Kreis 2023“:

Die Verwaltung sagt zu, rechtzeitig Vorschläge mit der Kreispolitik zu erarbeiten.

**§ 5.5.5**Darstellung der Wegstrecken zu KT-Sitzungen per ÖPNVDrucksache 2020/3-10

Nach kurzer kontroverser Diskussion signalisiert Landrat Dr. Sigel zum nachstehenden Antrag, dass sich die Verwaltung auf eine Darstellung der Wegbeschreibung mit vertretbarem Aufwand beschränken werde.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen den Antrag 2020/3-10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, „Darstellung der Wegstrecke zu KT-Sitzungen per ÖPNV“:

Die Verwaltung wird mit der Darstellung der ÖPNV-Verbindungen im Vorfeld der Sitzungen beauftragt.

**§ 5.5.6**Sport- und KulturstättenförderprogrammDrucksache 2020/2-07

Kreisrat Dr. Borkowski erklärt, der Antrag habe sich aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung zum Antrag 2020/2-07 der Gruppe Die Linke + ödp, „Sport- und Kulturstättenförderprogramm“:

Die Verwaltung wird beauftragt über ihre Aktivitäten in Sachen Kulturförderung zu berichten und aufzeigen, inwieweit die Akteure unterstützt werden können.

**§ 5.5.7**Überprüfung höherwertige Tätigkeit in SekretariatsbereichenDrucksache 2020/1-17

Kreisrätin Besa erklärt zum nachstehenden Antrag, es gehe insbesondere darum zu prüfen, ob in allen niedrigen Entgeltgruppen, insbesondere EG 5 und EG 6, höherwertige Tätigkeiten wahrgenommen worden seien und, dass dies konstant erfolge.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung zum Antrag 2020/1-17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Überprüfung höherwertige Tätigkeit in Sekretariatsbereichen“:

Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten.

**§ 5.5.8**Ansatz der Personalstellen im Haushaltsjahr 2021Drucksache 2020/1-32

Landrat Dr. Sigel weist zum nachstehenden Antrag darauf hin, dass die Kosten der Forstreform den Kreis eher noch belasten werden, sodass hier keinesfalls Kürzungen möglich seien.

Kreisrat Friedrich erklärt, seine Fraktion habe sich darauf verständigt, dass man den Verwaltungsvorschlag mittragen werde. Dennoch bleibe festzustellen, dass Mittel für Stellen vorgesehen wurden, die noch nicht besetzt seien und die bei Nichtinanspruchnahme wieder als Überschuss in den Jahresabschluss einfließen würden.

Kreisrätin Besa merkt an, ihre Fraktion könne nicht nachvollziehen, warum nochmal 100.000 Euro zu den globalen Minderausgaben hinzukommen sollen, zumal das Ziel sein müsse, unbesetzte Stellen zu besetzen, da sonst die Belastungen für die Mitarbeitenden steigen würden.

Kreisrat Sczuka signalisiert für die CDU-Fraktion, dass man dem Antrag nicht folgen könne, da nochmals global gespart werden solle und die Begründung mit der Forstreform nicht nachvollziehbar sei.

Kreisrat Hesky erwidert, es gehe nicht um Einsparungen, sondern um finanzielle Spielräume in den Ansätzen minimal zu halten.

Finanzdezernent Schäfer betont, dass die Ansätze in den letzten beiden Jahren überschritten worden seien. Auch der Haushaltsansatz 2020 sei eigentlich zu niedrig gewesen und nur aufgrund die Pandemie hätten Stellen nicht besetzt werden können, was 2021 aber nachgeholt werden solle. Der globale Minderaufwand sei zwar wieder mit 500.000 Euro enthalten, aber die Auskömmlichkeit sei schwer kalkulierbar bei einem Personalbudget von 87 Mio. Euro.

Kreisrat Lenk entgegnet, dem Kreistag würden nur globale Minderausgaben bleiben, um Einsparmöglichkeiten im Personalhaushalt zu prüfen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag 2020/1-32 der Fraktion der Freien Wähler bei 10 Ja-Stimmen und 14-Nein-Stimmen ab:

Ansatz der Personalstellen im Haushaltsjahr 2021

**§ 5.5.9**Digitalisierung der Kreisverwaltung – elektronische VerwaltungsdienstleistungenDrucksache 2020/3-12

Kreisrat Härtner bittet darum auch an die Menschen zu denken, die der Umstellung auf die Digitalisierung nicht folgen könnten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Antrag 2020/3-12 der CDU-Fraktion, „Digitalisierung der Kreisverwaltung – elektronische Verwaltungsdienstleistungen“:

Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Digitalisierungsstrategie fortzuschreiben und erneut zu berichten.



**§ 5.5.10**Immobilienkonzeption der LandkreisverwaltungDrucksache 2020/3-13

Kreisrat Hestler befürwortet den nachstehenden Antrag. Dieser zeige in die richtige Richtung, es fehle aber das Thema „mehr Home, weniger Office“ und er bitte dies in den Bericht mit aufzunehmen. Alle führenden Beratungsgesellschaften würden zukünftig einen höheren Homeoffice-Anteil auch nach der Corona-Pandemie voraussagen. Dies bedeute, dass weniger Büroflächen gebraucht würden und auch die Mieten würden entsprechend sinken. Er wolle daher wissen, wie hoch der Homeoffice-Anteil jetzt und künftig sei, wie sich der Raumbedarf der Kreisverwaltung reduziere und ob dies Auswirkungen auf das Immobilienkonzept und das Mietniveau habe.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass es zwar einen Homeoffice-Anteil gebe, in bestimmten Bereichen sei dies wegen des Kundenverkehrs jedoch nicht möglich. Es würden aber auch Planungen für Desk-Sharing erfolgen. Dies müsse auch mit dem Personalrat abgestimmt werden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung zum Antrag 2020/3-13 der CDU-Fraktion, „Immobilienkonzeption der Landkreisverwaltung“:

Die Verwaltung wird beauftragt zu berichten.

**§ 5.5.11**Planung einer Betriebsküche im neuen LandratsamtDrucksache 2020/2-03

Kreisrätin Besa begründet den nachstehenden Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen als Beitrag zur Gesundheit der Mitarbeitenden, für die Verwendung regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel sowie die Lieferstrukturen zu hinterfragen und zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beitrage.

Kreisrat Friedrich merkt an, dass es nicht darum gehe, die Voraussetzungen zu schaffen, sondern diese zunächst zu prüfen. Er bitte daher um Anpassung des Beschlussvorschlags. Die Umsetzung sei schwierig, und ein Widerspruch zur Argumentation bei der Neukonzeption des Schullandheims Mönchhof unter Top 3, dass Konkurrenz für die Gastronomie geschaffen werde. Daher bitte er um eine nochmalige vertiefte Beratung.

Landrat Dr. Sigel antwortet, es gehe darum, dass bei der Raumkonzeption entsprechende Räumlichkeiten geschaffen werden müssten. Bei der Schaffung von Aufenthaltsräumen müsse aber geprüft werden, in welchem Umfang dies erfolge.

Kreisrat Hestler erklärt, seine Fraktion werde sich dem Antrag anschließen, zumal man dies bereits beim Klinikneubau in Winnenden beantragt habe. Dem sei allerdings nicht gefolgt worden.

Landrat Dr. Sigel bittet zu beachten, dass sich die beiden Vorhaben nicht vergleichen lassen könnten und man im Rahmen der Medizinkonzeption eine Verbesserung erreicht habe.

Kreisrat Mößner befürwortet eine Überprüfung und Kostenermittlung. Er regt auch eine Umfrage unter den Mitarbeitenden an um zu ermitteln, wie groß das Interesse sei.

Kreisrat Oettinger merkt an, grundsätzlich sei das Ansinnen des Antrags gut. Fakt sei jedoch, dass in Deutschland wenig Bereitschaft bestehe, Geld für Lebensmittel auszugeben. Eine Rentabilität sei nur gegeben, wenn die Gäste bereit seien, den Preis zu bezahlen. Er bitte zu beachten, dass es höchste Hygieneanforderungen gebe, wenn selbst gekocht werde. Zudem bitte er zu beachten,

dass die Gastronomie derzeit massiv eingeschränkt wurde, weswegen ein Engagement des Kreises in diesem Bereich fraglich sei.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen zum Antrag 2020/2-03 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Planung einer Betriebsküche im neuen Landratsamt“, den nachstehenden modifizierten Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Errichtung einer Betriebsküche im geplanten Erweiterungsbau am Alten Postplatz 10 zu prüfen.

**§ 5.5.12**

Neubau Alter Postplatz mit Neubau Parkhaus: Reduzierung der Auszahlungen

Drucksache 2020/2-05

Kreisrat Throm begründet den nachstehenden Antrag der AfD-Fraktion

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass der zugehörige Tagesordnungspunkt vertagt wurde, der Ansatz aber für die weitere Fortsetzung der Planung erforderlich sei. Die Pandemie hat auch gezeigt, dass zeitgemäße Arbeitsplätze für eine funktionierende Verwaltung erforderlich seien.

Der Ausschuss lehnt den Antrag 2020/2-05 der AfD-Fraktion bei 2 Ja-Stimmen ab:

Neubau Alter Postplatz mit Neubau Parkhaus: Reduzierung der Auszahlungen

**§ 5.5.13**

Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung  
Drucksache 2020/1-22

Aufgrund der vorstehenden Beschlussfassung zieht die AfD-Fraktion den Antrag 2020/1-22:

Senkung der Kreisumlage um 0,75 Prozentpunkte gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung

zurück.

**§ 5.5.13.1**

Senkung der Kreisumlage um 0,75 Prozentpunkte gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung  
Drucksache 2020/1-22/1

Aufgrund der vorstehenden Beschlussfassung zieht die AfD-Fraktion den Antrag 2020/1-22/1 zurück.

Senkung der Kreisumlage um 0,75 Prozentpunkte gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung

zurück.

**§ 5.5.14**

Antrag zur Erstellung eines Sanierungskonzeptes für die Instandhaltungen und den Abbau des Sanierungsrückstaus an kreiseigenen öffentlichen Liegenschaften

Drucksache 2020/3-21

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung zum Antrag 2020/3-21 der Fraktion der Freien Wähler „Antrag zur Erstellung eines Sanierungskonzeptes für die Instandhaltungen und den Abbau des Sanierungsrückstaus an kreiseigenen öffentlichen Liegenschaften.:

Die Verwaltung wird beauftragt, über das jährliche Sanierungsprogramm und die Konzeption zur CO2 Einsparung der RMIM für die Kreisliegenschaften zu berichten und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

**§ 5.5.15**Änderung der FinanzierungsleitlinieDrucksache 2020/1-31

Kreisrat Friedrich begründet den nachstehenden Antrag und erklärt, in den vergangenen Jahren habe es immer überdurchschnittliche, positive Jahresabschlüsse gegeben und auch für 2020 sei dies zu erwarten. Alle Kommunen seien jedoch durch die Corona-Pandemie in einer sehr angespannten finanziellen Lage. Deswegen wolle man eine 50 %/50 %-Regelung ohne die erste Stufe in der Finanzierungsleitlinie.

Der Ausschuss lehnt den Antrag 2020/1-31 der Fraktion der Freien Wähler

Änderung der Finanzierungsleitlinie

bei 2 Ja-Stimmen ab.

Auszüge:

3 Amt für Finanzen

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur



**§ 6**

Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Landkreisverwaltung

**§ 6.1**

Realisierungsbeschluss für den Erweiterungsbau auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in Waiblingen sowie Sachstandsbericht zum Neubau Rötestraße und den Haushaltsanträgen zur Klimaneutralität der Verwaltungsgebäude des Landkreises

Drucksache 2020/125

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**§ 6.2**Bauliche und mediale Ertüchtigung des Sitzungssaal am Alten Postplatz 10 in Waiblingen sowie  
Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms "B2MM"Drucksache 2020/194

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/194 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Sitzungssaal am Alten Postplatz 10 im Zuge der laufenden Gebäudesanierung zu modernisieren und zu ertüchtigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Fahrradabstellmöglichkeiten, sowie Dusch- und Umkleidemöglichkeiten im Zuge der laufenden Gebäudesanierung und Umsetzung der Maßnahmen nach dem Förderprogramm „B2MM“ des Landes-Baden-Württemberg zu erstellen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Haupt- und Personalamt

**§ 7**Vergabe eines Gerätewagen AtemschutzDrucksache 2020/176

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/176 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Zuschlag in der europaweiten Ausschreibung zur Neubeschaffung eines Gerätewagens Atem-/Strahlenschutz (GW-AS) für die überörtliche Gefahrenabwehr im Rems-Murr-Kreis wird für die Lose 1, 2 und 4 zum Angebotspreis von 303.411 Euro auf die Angebote der Fa. Wilhelm Barth GmbH und Co. KG und für das Los 3 zum Angebotspreis von 44.363,04 Euro auf das Angebot der Fa. Denzel Fireequipment GmbH & Co. KG erteilt.

Auszüge:

1 Dezernat 3

**§ 8**Europaweite Ausschreibung der PostdienstleistungenDrucksache 2020/150

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/150.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Postdienstleistungen des Landratsamtes europaweit auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Haupt- und Personalamt

**§ 9**Anpassung von Stellplatzmieten für die Mitarbeitenden im Verwaltungs- und SchulbereichDrucksache 2020/087

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/087 und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrätin Besa erklärt, sie sei davon ausgegangen, dass keine Dienstfahrten mehr mit Privat-PKWs erfolgen würden. Ansonsten interessiere sie der Umfang. Im Übrigen werde die Erhöhung mitgetragen. Unverständlich sei, dass keine Anpassung für Schülerinnen und Schüler stattfindet, zumal die Schulen alle gut an ÖPNV angebunden seien.

Landrat Dr. Sigel erwidert, die letzte Erhöhung für die Schülerschaft sei erst 2018 vorgenommen worden und man müsse auch darauf achten, dass es nicht weitere Anwohnerbeschwerden gebe.

Finanzdezernent Schäfer antwortet ergänzend, vorrangig seien Dienstfahrzeuge zu verwenden. Das Ziel sei, dass 75 % der Fahrten mit diesen zurückzulegen würden.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stellplatzmieten im Verwaltungsbereich werden ab dem 1. Juni 2021 und im Schulbereich ab Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 auf monatlich 30,00 Euro bzw. 15,00 Euro (für Teilzeitbeschäftigte bis 50%) festgesetzt.
2. Ab dem 1. Januar 2023 werden die Stellplatzmieten im Verwaltungs- und Schulbereich aufgrund der Neuregelung zur Umsatzbesteuerung auf monatlich 33,00 Euro bzw. 16,50 Euro (für Teilzeitbeschäftigte bis 50%) sowie die Tagesparkgebühren im Schulbereich auf 2,40 Euro festgesetzt.

3. Sonstige Konditionen (z.B. der Stundensatz im Verwaltungsbereich, Berechnung von nur 11 Monatsmieten im Schulbereich, Tagessatz im Schulbereich) bleiben unverändert.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 10**

Umgang mit rückständigen Gewerbemieten aus der Corona-Krise bei der Kreisbaugesellschaft

Waiblingen mbH

Drucksache 2020/228

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/228 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Aufsichtsrat der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, einem Mietverzicht zuzustimmen, soweit dies aufgrund der Corona-Pandemie wirtschaftlich geboten ist, weil andere Hilfsmechanismen nicht greifen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugesellschaft

**§ 11**Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2020/202

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/202 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:  
Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-Kreises (Anlage zu Drucksache 2020/202) wird beschlossen.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle



**§ 12**Neufassung der Satzung über die öffentliche BekanntmachungDrucksache 2020/191

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/191 und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrat Mößner bittet darum, dass der Landkreis auch weiterhin in den Tageszeitungen mit Bekanntmachungen präsent sein solle, wenn auch nicht mit jeder Satzungsveröffentlichung bzw. zumindest ein Hinweis auf die Internetbekanntmachung erfolge.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass grundsätzlich weiter eine Veröffentlichung erfolge, außer bei z.B. umfangreichen Druckwerken.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:  
Die Satzung des Rems-Murr-Kreises über die öffentliche Bekanntmachung wird, wie in der Anlage zu Drucksache 2020/191 dargestellt, neu gefasst.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 13**Änderung der Geschäftsordnung des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2020/203

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/203 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:  
Die Fortschreibung der Geschäftsordnung wird, wie in der Anlage dargestellt, beschlossen.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 14**Änderung der Satzung der Kreissparkasse WaiblingenDrucksache 2020/226

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/226 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:  
Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Kreissparkasse Waiblingen (Anlage 1) zu beschließen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 15**

Übertragung der Aufgabe des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für den Zweckverband "Breitbandausbau Rems-Murr" auf das Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt

Drucksache 2020/201

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/201 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

In Ergänzung der Kreistagsbeschlüsse vom 15.07.2002, 23.04.2007, 14.07.2008, 27.04.2009, 19.10.2009, 11.07.2011, 15.07.2013 und 27.04.2020 wird dem Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt neben der Aufgabe des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für das Landratsamt und die Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR zum 01.01.2021 die Aufgabe des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für den Zweckverband "Breitbandausbau Rems-Murr" übertragen.

Auszüge:

1 Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 16**Änderung in der Besetzung der beschließende Ausschüsse und GremienDrucksache 2020/229**§ 16.1**Änderung in der Besetzung der beschließende Ausschüsse und GremienDrucksache 2020/229/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/229/1 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. Kreisrat Maximilian Friedrich wird zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistags als Nachfolger von Kreisrat Albrecht Ulrich gewählt.
2. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
3. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
4. Der Sozialausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
5. Kreisrat Albrecht Ulrich wird als ordentliches Mitglied (Nachfolger von Kreisrat Maximilian Friedrich) und Kreisrat Norbert Barthold als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Herrn Thomas

Bezler) des Verwaltungsrates der AWRM AöR, gewählt.

6. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrat Albrecht Ulrich als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Kreisrat Maximilian Friedrich) neu zu bilden.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 17**SpendenberichtDrucksache 2020/038**§ 17.1**Spendenbericht - ErgänzungDrucksache 2020/038/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2020/203 und erläutert diese zusammenfassend.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden und Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

**§ 18**

Verschiedenes

Kreisrat Mößner regt aufgrund der aktuellen Probleme im Ratsinformationssystem an, den Kreisratsmitgliedern vorübergehend auch eine digitale Sitzungsmappe per Mail zur Verfügung zu stellen.

Landrat Dr. Sigel sagt dies zu.



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert